

Liberalisierung und Radikalisierung. Zwei Gründungsmythen der Bundesrepublik

von Ulrich Herbert

Gekürzt gedruckt unter dem Titel „Legt die Plakate nieder, ihr Streiter für die Gerechtigkeit“, in: FAZ, 29.1.2001

Zwei Geschichtsbilder stehen derzeit in der politischen Diskussion einander gegenüber: der Mythos von der „von Anfang an“ an freiheitlichen Bundesrepublik und der Mythos von 1968 als „zweiter Gründung“ eines nunmehr erst richtig demokratisierten Gemeinwesens. Beide sind in umgekehrter Weise auf die NS-Zeit bezogen. In der einen Wahrnehmung wird die Existenz von kulturellen und politischen Nachwirkungen der Diktatur bei der Demokratiegründung von 1949 bestritten; in der anderen setzt sich die 68er-Generation mit einer „postfaschistischen“ Gesellschaft auseinander. Beide Geschichtsbilder sind überzogen und vernachlässigen die dazwischen stattgehabte historische Entwicklung.

Die 50er Jahre in Westdeutschland waren vor allem die Dekade eines historisch beispiellosen, von der Währungsreform 1948 bis zur ersten Nachkriegskrise 1966 stetig anhaltenden Wirtschaftswachstums und einer damit einhergehenden „Wohlstandsexplosion“ mit vielfältigen Auswirkungen auf die Wandlungsprozesse der westdeutschen Gesellschaft, die – so der Bonner Zeithistoriker Hans-Peter Schwarz - in dieser Zeit „gewissermaßen bis auf die Gene durchindustrialisiert, technisiert und rationalisiert worden“ ist. Zugleich sind diese Jahre durch die Einbindung Westdeutschlands in das politische System des Westens und die damit verbundene Wiedergründung des demokratischen Verfassungsstaates von oben gekennzeichnet, dessen Mechanismen die günstigen Voraussetzungen für die „Wohlstandsexplosion“ schufen. Beides, institutionalisierte Demokratie im westlichen Kontext und die wirtschaftliche Blüte, ermöglichte und stützte sich gegenseitig und bewirkte die Grundlage der politischen Stabilisierung der Bundesrepublik. Nur auf diese Weise, davon war vor allem Konrad Adenauer überzeugt, würde sich die allmähliche Verwandlung der Westdeutschen, über deren politische Orientierungen sich der alte Kanzler keinerlei Illusionen machte, in das Staatsvolk einer liberalen und demokratischen Gesellschaft bewerkstelligen lassen. Vor allem mit diesen beiden Prozessen hat sich die Historiographie in den letzten Jahrzehnten allem beschäftigt. Ohne sie wird man die Geschichte der Bundesrepublik nicht verstehen können. Aber die westdeutsche Geschichte lässt sich auch nicht allein darauf reduzieren.

Ein weiterer Aspekt trat hinzu. Die außerordentliche Veränderungsdynamik in allen Lebensbereichen in Deutschland während der Kriegs- und Nachkriegsjahre hatte in der Bevölkerung das Bedürfnis nach kompensierender Stabilität in den Lebensgewohnheiten geradezu übermächtig werden lassen. Dieses Bedürfnis schlug sich während der 50er Jahre in der Suche nach „sittlicher“ Restabilisierung auf der Grundlage traditioneller und im Gefolge der NS-Zeit tatsächlich oder vermeintlich erschütterter Normen und Lebensweisen nieder. Bezugspunkte für diese Sehnsucht nach Sicherheit qua Tradition fanden sich weder in der NS-Zeit noch im krisendurchschüttelten Weimar, sondern in der im Rückblick harmonisierten Lebenswelt der Zeit vor der Großen Krise, vor 1914 also. Gesellschaftliche, kulturelle und strafrechtliche Normen im Verhältnis von Staat und Staatsbürger, in Bereichen wie Familie und Sexualität, Jugend und „Sittlichkeit“, klassen-, geschlechts- und altersspezifischen Rollenzuweisungen, Bildungschancen und Arbeitsethos fand man in den 50er Jahren am ehesten in den Jahrzehnten der Jahrhundertwende, die nicht nur durch wirtschaftliche

Prosperität, sondern auch durch eine augenscheinlich gefestigte, Schutz und Sicherheit bietende Ordnung der Gesellschaft gekennzeichnet waren.

Wer sich je mit der Kulturgeschichte der 50er Jahre beschäftigt hat, wird auf die Auswirkungen dieser Orientierungssuche überall stoßen – auf die Wunschbilder eines deutsch dominierten „Abendlands“ ebenso wie auf die Genrebilder einer harmonischen Gemeinschaft ohne Klassen und Interessengegensätze, aber auch auf heute kaum mehr nachvollziehbar repressive Normen der Kindererziehung, ein rigides Sexualstrafrecht, eine scharf reglementierte Autoritätsstruktur in Familie, Schule und Öffentlichkeit, ein obrigkeitsfixiertes Staatsverständnis. Damit verbunden eine aggressive, sich geradezu überschlagende Abwehrhaltung gegen die Einflüsse der kulturellen Moderne, deren Auswirkungen in Homosexualität, Zerstörung der Familie und Verwahrlosung der Jugend aufgespürt wurden. Libertinage, Jazzmusik und westliche Einflüsse sah man als Instrumente der Zersetzung, die zum sicheren Untergang des deutschen Volkes führen würden und entsprechend scharf zu bekämpfen seien – keine Außenseiterpositionen, sondern der Mainstream dieser Jahre.

Der Kalte Krieg verschärfte solche Zuspitzungen. Denn solange die westdeutsche Gesellschaft unter der extremen Spannung der außenpolitischen Konfliktlagen stand, die anders als in anderen Ländern die Existenz des Staates und auch die seiner Bevölkerung bedrohten, und solange die Hinwendung zum Westen als die einzig realistische Alternative zur Inkorporation in das System des Ostens wahrgenommen wurde, bot der Kalte Krieg zwar einen tragenden Rahmen zur Stabilisierung der Bundesrepublik. zugleich aber stand er schon durch die dezisionistischen Zumutungen eines Freund-Feind-Denkens den bereits in den 50er Jahren auftretenden Tendenzen einer gesellschaftlichen Liberalisierung entgegen. Mit dem nach dem Bau der Berliner Mauer und der Kubakrise einsetzenden Wandel in den Beziehungen zwischen den Großmächten fiel die sekundäre Stabilisierung durch den Kalten Krieg weg, der Antikommunismus als vorrangig betonte Verbindung mit dem Westen verlor und die politischen und kulturellen Werteoptionen des Westens gewannen an Bedeutung. Das Abflauen der Dramatik des Kalten Krieges bot so eine Voraussetzung für gesellschaftliche Umorientierungs- und Liberalisierungsprozesse, die sich nun allmählich durchzusetzen begannen.

Ralf Dahrendorfs Buch über „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“, in den frühen 60er Jahren verfasst und 1965 erstmals erschienen, beschrieb auf besonders treffende Weise die hier aufbrechenden Widersprüche und den sich andeutenden westdeutschen Identitätswandel. Dieser begann, schwerfällig genug und mit mannigfaltigen Abweichungen, in jenem Moment, als die Kluft zwischen einer entfalteten Industriegesellschaft und den damit immer stärker als unvereinbar angesehenen traditionellen Normen und Lebensweisen seit dem Ende der 50er Jahre in den Vordergrund der Wahrnehmung trat. Der offene Blick auf diese Widersprüche evozierte eine an Bedeutung rasch zunehmende öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit von Veränderungen und Reformen. Sie konzentrierte sich zunächst auf den offenkundigen Rückstand Westdeutschlands im Bildungs- und Ausbildungsbereich, auf die Defizite in der Infrastruktur, der Verwaltung und im Rechtswesen. Die daraus resultierende Forderung nach einem Ausgleich dieser Differenzen zog Debatten insbesondere über die gesellschaftlichen, schließlich auch die zivil- und strafrechtlichen Normen der westdeutschen Gesellschaft nach sich – hier standen Bereiche wie die Jugend-, Sexual- und Familienpolitik, die Bedeutung von Religion und Kirchlichkeit im Vordergrund, aber auch und zunehmend Themen wie die Ziele und Formen der Erziehung in den Kindergärten, Schulen und Hochschulen, um die Gleichstellung der Frauen; die Partizipationsdefizite der westdeutschen Kanzlerdemokratie; schließlich die Deutschlandpolitik, die in der Sachgasse des Alleinvertretungsanspruchs die Bundesrepublik auch im Westen zunehmend isolierte.

Diese Debatten mündeten zum einen in eine Intensivierung staatlicher Reformanstrengungen, die bereits von der Regierung Erhard, dann aber in verstärkter Weise in der „Großen“ und schließlich der sozialliberalen Koalition betrieben wurden, und zum anderen in eine sich ausbreitende Modernitätseuphorie, die sich in technokratischen Phantasien und Projekten wie etwa den megalomanischen Motorisierungsvorstellungen der 60er Jahre oder den hypertrophen Wohnmaschinen in den Vorstädten manifestierte. Die Reformdebatten der 60er Jahre zogen aber über die politisch-staatliche Ebene hinaus einen tiefgreifenden Wandel der Normen und Lebensweisen nach sich, der sich nun mit erstaunlicher Geschwindigkeit, zugleich aber über lange Phasen hinweg im steten Widerstreit, durchzusetzen begann. Lange vor der Studentenbewegung der späten 60er Jahre begannen hier Entwicklungen wie die zunehmende Akzeptanz fremder Kulturen, die Relativierung der eigenen Lebensweisen, die Herausbildung und allmähliche Entfaltung einer Kultur der öffentlichen, streitigen Diskussion, eine „Emanzipationsbewegung“ auf breiter Front, die traditionelle Hierarchien in Frage zu stellen begann, die Debatte über die Notwendigkeit der „Demokratisierung“ gesellschaftlicher Beziehungen über Parlamentarismus und Parteien hinaus. Zugleich ging es um tiefgreifende Veränderungen im Verhältnis der Geschlechter zueinander, die Ablösung insbesondere kirchlicher Normen von Sexualität und Familie, um Erziehungsstile und -ziele, um eine zunehmend negative Konnotation nicht leistungslegitimierter Autorität. Breitenwirksame Ausdehnung erreichten solche Tendenzen in der Regel erst in den 70er und 80er Jahren. ihr Ausgangspunkt - der Paradigmenwechsel – lag jedoch in den frühen 60er Jahren.

Dabei sind viele dieser Ansätze zunächst ausgesprochen zögerlich und als tastende, nicht selten heute recht hilflos und geradezu erheiternd anmutende Versuche der Imitation dessen, was als „modern“ angesehen wurde, zu erkennen – man denke nur an die „Aufklärungswelle“ der 60er Jahre, die viel über die Sexualnormen aussagt, gegen die sie sich wendete. Die Orientierung am „Modernen“ besaß in manchen Fällen auch ausgesprochen bilderstürmerischen Charakter, etwa wenn man die Zerstörungswut gegenüber dem als veraltet geltenden Stadtbild und den Bauten der Jahrhundertwende in dieser Zeit betrachtet. Solche Erscheinungen sind jedoch einerseits als Ausdruck der Unsicherheit im Umgang mit der „neuen Zeit“ zu erkennen, des tastenden Versuchs, sich an das Neue anzupassen, ohne schon ganz zu verstehen, worum es dabei ging; andererseits als Ausdruck einer sich etablierenden kulturellen Hegemonie des Emanzipationsgedankens, der seine Wirksamkeit gerade darin offenbarte, daß er in zunehmendem Maße solche Menschen einbezog, die von den politisch-kulturellen Implikationen dieser Trends gar nichts wußten.

Mit diesem historisch-politischen Paradigmenwechsel war zudem ein Generationswechsel verbunden, der die hier aufeinander treffenden Trends scharf profilierte: Auf der einen Seite die zwischen Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkriegs Geborenen als die vorrangige Trägergruppe des NS-Regimes, die - am Beginn der Bundesrepublik knapp vierzig Jahre alt – jedoch nicht nur das „Dritte Reich“, sondern auch die Bundesrepublik aufgebaut hatte, wengleich die Organisation der politischen Institutionen der Demokratie eher von den aus dem 19. Jahrhundert herübertagenden Alten , wie Heuss, Adenauer, Schumacher, bewerkstelligt worden war. Sie passten sich ein in das neue Gefüge des Westens und akzeptierten es in dem Maße, als es ihnen auch persönlich sozialen Aufstieg, Sicherheit und rechtliche Integrität anbot. Seit den 60er Jahren begannen diese Generation aus dem Berufsleben auszuscheiden; 1975 war mehr als die Hälfte der deutschen Beamtenschaft seit weniger als 10 Jahren im Amt.

Die zweite Generation – vielfach betitelt als die „Flakhelfer-“ oder „Skeptische Generation“ – hat ihren Kern in den um 1930 herum Geborenen. sie waren alt genug, um den

Nationalsozialismus noch unmittelbar erfahren zu haben, und jung genug, um sich nach 1945 politisch neu orientieren zu können. eine ausgeprägte Skepsis gegenüber Ideologien verband sich hier oft mit einer Orientierung an den Vereinigten Staaten oder der Europa-Idee. Sie vor allem waren die Träger der seit den späten 50er Jahren aufkommenden Reformbewegung. ihre Kritik an den überkommenen Normen und Werthaltungen ging einher mit einer nüchternen und sehr praktischen Orientierung. Seit den 60er Jahren bereits rückten sie in Führungsfunktionen, die sie zum Teil bis zur Jahrhundertwende beibehielten. Diese Generation der „45er“ (Dirk Moses) war vermutlich die prägendste und einflußreichste Alterskohorte des 20. Jahrhunderts.

In diesem Zusammenhang erscheinen die in den 40er Jahren Geborenen - der Kern der späteren „68er“ – eher als Epigonen, als fellow-traveller der Flakhelfer-Generation, deren Ansätze sie aufnahmen und weiterführten und von der sie sich durch die Ausdehnung und Radikalisierung der Kritik zu emanzipieren versuchten. Damit ist die Frage verbunden, welche Bedeutung der sich in Westdeutschland wie in anderen Ländern in dieser Zeit herausbildenden Neuen Oppositionsbewegung insgesamt beizumessen ist.

Hier stehen drei Aspekte im Vordergrund: erstens die Reaktion auf tatsächlich existierende Defizite der demokratischen Ordnung und Kultur sowie auf die unübersehbaren Widersprüche zwischen sozialer und wirtschaftlicher Modernisierung einerseits und den an den überkommenen kulturellen Leitbildern orientierten Normen und Lebensweisen andererseits. Dabei nahmen Intellektuelle und dann vor allem Studenten schon früh die Funktion von Vorkommandos ein, die auf unbekanntem Gebiet neue Fragen diskutierten und in geschütztem Raum Kritik, Öffentlichkeit und neue Lebensformen übten oder ausprobierten, ohne daß daraus jeweils schon generalisierbare Modelle entstehen konnten. Diese Entwicklung ist in ihren Anfängen schon seit der Nachkriegszeit, dann verstärkt seit den späten 50er Jahren zu beobachten; seit Mitte der 60er Jahre gewann sie an Breite und Dynamik sowie in der rebellischen Jugendkultur der Rockmusik ihren als generationsspezifisch wahrgenommenen kulturellen Ausdruck. Besonders auffällig war dabei die Orientierung an einem idealisierten Bild der westlichen Demokratien, in welchem die Differenz zwischen Demokratiepostulat und politischer Praxis zum Ansatzpunkt der Kritik gemacht wurde. Diese Entwicklung folgte in vielen Punkten ganz derjenigen in anderen westlichen Ländern, insbesondere den USA - vom „Free Speech Movement“ bis zur Bürgerrechtsbewegung und den Anti-Vietnam-Protesten; und auch die in Berkeley und Ann Arbor herausgebildeten Protestformen – vom Sit In bis zur Universitätsbesetzung fanden in Westdeutschland vielfache Nachahmung.

Der zweite Faktor in diesem Zusammenhang ist die Reaktion von Staat und Gesellschaft auf diese Bewegungen: Abwehr und Unverständnis gegenüber einer sich herausbildenden kritischen Öffentlichkeit, wie sie sich etwa - besonders zugespitzt und folgenreich - zunächst in der „Spiegel-Affäre“ von 1962, in nachgerade panischen Abwehrgesten gegenüber kritischen Literaten oder dann gegenüber dem – zunächst ja ausgesprochen braven – Protest der West-Berliner Studenten manifestierten. Diese Reaktionen wiederum schienen nicht nur die Berechtigung der Kritik zu bestätigen, sondern auch bis dahin gar nicht recht wahrgenommene, viel weiter reichende autoritäre und antidemokratische Traditionen und Strukturen offenzulegen und zugleich die Legitimation für die Radikalisierung des Protestes zu liefern. Seit der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch einen Polizisten im Juni 1967 und dem Anschlag auf Rudi Dutschke ein Jahr später begann sich diese Entwicklung erheblich zu beschleunigen und eine Eigendynamik zu gewinnen, die innerhalb weniger Jahre dazu führte, daß sich Teile der Protestbewegung von ihrem ursprünglichen Ausgangspunkt entfernten und schließlich am Gegenpol der emanzipatorischen Zielsetzungen

ihrer Vorläufer und Anfänge anlangten. Dabei sind grob zwei Richtungen der radikalierenden Überdehnung feststellbar: auf der einen Seite der Rückfall in die soldatischen Kaderstrukturen stalinistischer Organisationen sowjetischer oder maoistischer Provenienz, deren Aufkommen in Deutschland die etatistischen und autoritären Traditionen der Arbeiterbewegung auf clowneske Weise wiederholte. Auf der anderen Seite die spontaneistischen Gruppen, die sowohl Elemente der deutschen Jugendbewegung und des Idealismus wie libertäre Traditionen der Linken aufnahmen und durch gezielte Tabubrüche und die Entwicklung alternativer Lebensformen eine vielfach produktive Gegenkultur aufbauten, deren Grenzziehung zur bewaffneten Gewalt jedoch lange Zeit unscharf blieb. Die Enttabuisierung der Gewalttätigkeit wurde von der Neuen Linken mit den Reaktionen des Staates auf die friedlichen Proteste, aber auch mit der Politik des Westens gegen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt legitimiert; während auf der anderen Seite die Gewalttätigkeit der Protestierenden als Legitimation stetig verschärfter staatlicher Gewalt genommen wurde – ein Prozess, der bald eskalierte und erst Ende der 70er Jahre mühevoll aufgehalten wurde.

Drittens: Reformdebatten, Liberalisierungsbestrebungen und Studentenproteste waren in den 60er Jahren, allerdings mit kennzeichnender Zeitverschiebung, ein internationales Phänomen, von San Francisco bis Prag. Dabei waren die verschiedenen Oppositionsbewegungen in den einzelnen Ländern überaus heterogen, wurden aber zeitgenössisch durchweg als Ausdruck einer gemeinsamen Grundkonstellation wahrgenommen, die sich gegen Obrigkeitsstaat und autoritäre, illiberale Strukturen wendete und in dem durchgängigen Bezug auf die populäre Jugend- und Protestkultur auch ein gemeinsames Signet besaß, das ein generationelles Zusammengehörigkeitsgefühl zumindest suggerierte. Sozialgeschichtlich kann man jenseits der national spezifischen Faktoren die 60er Jahre als Dezennium des Umbruchs begreifen, in welchem in den meisten entwickelten westlichen (und in einigen sozialistischen) Ländern der Widerspruch zwischen den – durch den Zweiten Weltkrieg und die Rekonstruktionsphasen beschleunigten – enormen wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandlungsprozessen einerseits und den - durch den Zweiten Weltkrieg und die Rekonstruktionsphasen womöglich verzögerten - Prozessen der Anpassung der Normen und Lebensweisen an diese Veränderungen andererseits sichtbar wurde. Je schärfer diese Widersprüche auftraten, desto schärfer waren auch die Auseinandersetzungen im Zuge der sich herausbildenden Konfrontation zwischen „Establishment“ und neuen Oppositionsbewegungen. Zugleich aber wurden die Formen und Themen dieser Konfrontation durch die jeweiligen nationalen Spezifika der historischen Entwicklung bestimmt, durch das jeweilige Erbe der Väter - vom Stalinismus über den Gaullismus bis hin zum Amerika der Rassendiskriminierung -, als dessen Ausdruck die erstarrten gesellschaftlichen und politischen Ordnungen angesehen wurden.

Die dabei zutage tretenden, heute bisweilen absurd anmutenden Radikalisierungen sind gesellschaftlich wohl zutreffend als überschießende Reaktionen auf die tatsächlich bestehenden Liberalitäts- und Modernitätsdefizite zu begreifen, als Überdehnungen ins gegenteilige Extrem. Daß dies in Westdeutschland, Frankreich und Italien, zu besonders scharfen Eruptionen bis hin zur Entstehung linksradikaler Terroristengruppen führte, kann angesichts der hier besonders augenfälligen antidemokratischen Überhänge - Hitler, Petain, Mussolini - nicht verwundern; auch die Entwicklung in Japan bestätigt diese Sichtweise.

In der Bundesrepublik war die kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihren personellen und gesellschaftlichen Hinterlassenschaften seit den frühen 60er Jahren zu einem der wichtigen Themen der innenpolitischen Debatten geworden, ausgehend von zwei Punkten: zum einen von den im Jerusalemer Eichmann-Prozeß, im

Frankfurter Auschwitz-Prozeß und anderen Verfahren deutlich werdenden Größenordnungen und der Brutalität der in der NS-Zeit von Deutschen begangenen Verbrechen; zum anderen von dem Erschrecken über immer neue - tatsächliche oder vermeintliche - Personalskandale, die auf die tiefgreifende personelle Kontinuitäten vor allem bei den Funktionseliten schließen ließen und zu einer nachhaltigen Delegitimierung der Bundesrepublik insbesondere bei der jüngeren Generation beizutragen begannen. Betrachtet man jedoch die Formen und Rituale der „Vergangenheitsbewältigung“ in den späten 60er und 70er Jahren im Umfeld der Studentenbewegung und der Neuen Linken, so wird deutlich, daß die Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Herrschaft durchaus keinen Schwerpunkt ihrer öffentlichen und internen Auseinandersetzungen darstellte. Die sich ausbreitende Vorstellung vom NS-Regime war vielmehr durch Faschismustheorien und politische Systemanalysen gekennzeichnet, und es entstand ein abstraktes und synthetisches Bild vom Nationalsozialismus ohne benennbare Täter und Opfer, ohne Orte und ohne Zeit, in dem das NS-Regime und die Bundesrepublik einander immer ähnlicher wurden.

Hier diente der Bezug auf das NS-Regime vor allem als Chiffre für die kritisierte westdeutsche Gegenwart. Die Auseinandersetzung mit den „autoritären Strukturen“ stand im Vordergrund und hatte in den Partizipations- und Liberalitätsdefiziten der westdeutschen Gesellschaft der frühen 60er Jahre auch seine Berechtigung und ein erhebliches Aufgabenfeld. Nun zeigte ein Blick ins benachbarte Frankreich oder auch nach Italien oder gar in die USA, daß die „autoritären“, antiliberalen Traditionen zum überwiegenden Teil gar nicht spezifisch deutsch oder gar spezifisch nationalsozialistisch waren, sondern sich so oder ähnlich auch in diesen Ländern fanden. Die Liberalitätsdefizite der Bundesrepublik wurden hier jedoch als Ausdruck der weiterwirkenden Traditionen des „Faschismus“ begriffen und dadurch gewissermaßen unrettbar delegitimiert. Dies hatte zur Folge, daß die Kritik an den vorgefundenen Verhältnissen schnellere und wirksamere Erfolge nach sich zog, weil die gezogene Verbindung zum NS-Regime antiliberalen Bastionen rasch brüchig werden ließ. Auf der anderen Seite entfernten sich solche Gleichsetzungen immer mehr von der Wirklichkeit und führten zu abenteuerlichen Konstruktionen, etwa wenn ein Professor, der zwar ein ausgewiesener Nazi-Gegner gewesen war, zugleich aber ganz in der Tradition des unnahbaren, autoritären Ordinarius auftrat, von den Studenten als „Faschist“ beschimpft wurde oder wenn man den „Radikalerlaß“ der Regierung Brandt mit der Judenverfolgung der Nazis auf eine Stufe stellte.

Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre war weder westlich noch liberal. Sie trug, nicht anders als ihr ostdeutsches Pendant, die Folgewirkungen und Prägungen der NS-Diktatur ebenso in sich wie die längerwirkenden antidemokratischen, autoritären Traditionen aus dem späten 19. Jahrhundert. Aber anders als in Ostdeutschland war es im Westen möglich, nach einer langen Zwischenphase die Auseinandersetzung mit diesen Prägungen und Traditionen öffentlich und streitig zu führen. Die institutionalisierte Demokratie war die Voraussetzung für diesen langwierigen und außerordentlich kontroversen Prozeß der gesellschaftlichen Liberalisierung. „1968“ steht für die zugespitzte Konfrontation, die diese Auseinandersetzungen unvermeidlich mit sich brachten. Die neue Oppositionsbewegung trug dazu bei, daß die zuvor bereits angelegten Entwicklungen hin zu einer weniger autoritär orientierteren, liberaleren Gesellschaft beschleunigt und verbreitert wurden. Insofern war sie Ausdruck einer gesellschaftlichen Grundwelle, die sich von den späten 50er bis in die frühen 80er Jahre verfolgt werden kann. Gerade weil die Verhältnisse, gegen die man antrat, so autoritär und illiberal waren, schienen jedoch immer weitere, radikalere Schritte zu ihrer Veränderung nötig und gerechtfertigt. Hier war, wie bei fast allen Revolten der Neuzeit, der Ansatz zur Überdehnung, zur Radikalisierung bis hin zur schließlichen Unkenntlichkeit angelegt.

Die über mehr als zwei Jahrzehnte andauernden Bemühungen um den Abbau von autoritären Strukturen und Demokratiedefiziten haben in Westdeutschland wie in den anderen Ländern des Westens zu tiefgreifenden Veränderungen geführt. Dieser Liberalisierungsprozeß ermöglichte auch die schrittweise Reintegration der Protestgeneration in diese Gesellschaft. Das traf aber auch für die andere Seite des Spektrums zu: Angesichts des Abdriftens eines Teils der kritischen Jugend in den Linksradikalismus rückten erhebliche Teile des liberalen, konservativen und deutschnationalen Spektrums des Bürgertums in die Rolle der Verteidiger von Republik und Westbindung gegen die neokommunistische Herausforderung und überwand damit jene Distanz oder Konfrontation zur westlichen Demokratie, die seit dem späten 19. Jahrhundert als eine der schwersten Belastungen der politischen Kultur in Deutschland zu erkennen ist. Der hier skizzierte, in den späten 50er Jahren einsetzende Wandlungsprozess, hat unsere Gesellschaft tiefgreifend und nachhaltig verändert - nicht nur jene, die ihn forcierten, sondern auch jene, die sich ihm entgegenstellten